

Journal-Panorama  
**Alles neu beim Bundesheer?**

Ö1, 10.01.2013 18:25 Uhr

(Transkript)

In zehn Tagen sollen wir alle in der ersten bundesweiten Volksbefragung Österreichs darüber entscheiden, wie es mit dem Bundesheer weitergeht: ob es ein Wehrpflichtigen-Heer bleibt wie seit 1955 oder ob es auf eine Berufsarmee umgestellt wird. Die Vorbereitung auf die von SPÖ und ÖVP eingefädelt Volksbefragung dümpelte lange Zeit eher dahin. Erst nach den Weihnachtsferien sind die Parteien richtig aufgewacht, nun wird plötzlich tatsächlich kamagnisiert und tagtäglich werden neue Argumente buchstäblich in die Schlacht ums Heer geworfen.

Doch viele Menschen wissen noch immer nicht, wofür sie am 20. Jänner stimmen sollen: für freiwillige bezahlte Profis in Armee und Sozialdienst oder für Wehrpflichtige wie bisher. Oder soll man aus Ratlosigkeit oder Protest gar weiß wählen? Das folgende Journal-Panorama von Astrid Plank und Klaus Webhofer soll Ihnen bei der Entscheidungsfindung behilflich sein: Fragen zum Heer – Antworten von uns.

Festliche Klänge in der Ruhmeshalle des Heeresgeschichtlichen Museums in Wien. Das Bundesheer feiert sich selbst beim Galaabend zur Kür des „Soldaten des Jahres 2012“. Es wimmelt von Uniformen, Sterne und Orden glänzen um die Wette, Verteidigungsminister, Generalstabschef, der Streitkräfte-Kommandant – alle sind sie da und alle sind sie stolz. Man lobt die Leistungen von Soldaten, Heeressportlern, ganzen Truppeneinheiten, Auslandseinsätze werden gewürdigt, weibliche Soldaten besonders hervorgehoben. Schließlich die Verleihung des Hauptpreises durch Minister Norbert Darabos.

**Norbert Darabos:** *Die Jury hat entschieden. „Soldier of the Year“ ist Vizeleutnant Josef Pfeifer.*

Der ausgezeichnete Soldat aus der Steiermark ist Spezialist für Katastropheneinsätze, hat unter anderem den Hilfseinsatz im obersteirischen St. Lorenzen geleitet, das im letzten Juli von Muren verwüstet worden ist.

Wahrscheinlich kein Zufall, dass gerade ein Pionier – sozusagen der „gute“ Soldat – ausgewählt worden ist.

*Also die Einsätze empfinde ich – wo man helfen kann, soll man helfen. Und wir werden unserem Motto „Schutz und Hilfe“ dadurch gerecht.*

*Wir haben dafür auch ein bisschen Punsch mitgebracht – Kinderpunsch und auch einen normalen. Dürfen wir Ihnen da was anbieten?*

Szenenwechsel. Beim so genannten Punschomobil der Wiener SPÖ soll Stimmung fürs Berufsheer gemacht werden. Der fahrende Infostand wurde ob seines Namens schon viel belächelt. An einem trüben Vorweihnachtsabend ist der Zulauf des Publikums überschaubar, die Stimmung eher flau.

*Ich sag's Ihnen ehrlich, ich habe mich noch gar nicht damit befasst. Ich muss mich da noch einmal mit meinen Männern aussprechen und der Mehrheit schließe ich mich dann an.*

*Von der Wehrpflicht halte ich gar nichts, weil es gehört ein Berufsheer her. Weil die können was machen.*

*Die Stimmung ist differenziert, es kommen auch viele Leute, die an sich mit der SPÖ sympathisieren, und da ist die Stimmung ca. 70:30 fürs Berufsheer, aber es sind auch einige für die Wehrpflicht und das ist ja auch legitim. Ich persönlich glaube, dass es fürs Berufsheer ausgehen wird, und zwar ganz knapp. Also in meiner Generation und auch bei den noch jüngeren – die sind eindeutig für das Berufsheer. Die Frage ist: Lassen die sich ausreichend mobilisieren?*

Mobilisierungsproblematik und dann noch das Problem, dass auch die Parteispitze alles andere als geeint in der Frage Berufsheer ist. Damit muss sich die SPÖ herumschlagen, die die Debatte um die komplette Systemumstellung vor gut zwei Jahren – damals im Wiener Wahlkampf – vom Zaun gebrochen hat. Der Verteidigungsminister vollzog den vom Wiener Bürgermeister vorgegebenen Schwenk hin zur Profi-Armee mit. War die Wehrpflicht bis dahin für ihn in Stein gemeißelt, war plötzlich alles anders.

**Norbert Darabos:** *Dieser Grundwehrdienst ist nicht mega-cool, er ist leider mega-sinnlos geworden.*

Doch andere widersprechen offen, etwa die Salzburger Landeshauptfrau Gabi Burgstaller, die am 20. Jänner für die Wehrpflicht stimmen will. Der steirische Landeshauptmann Franz Voves hält die Volksbefragung für eine unnötige Sache – **Franz Voves:** – *die auf vagen Annahmen, unsicheren Modellen und teilweise widersprüchlichen Berechnungen beruht ...*

Und auch der formale Oberbefehlshaber des Heeres, Bundespräsident Heinz Fischer, hat daraus, dass er einem Berufsheer zumindest reserviert gegenübersteht – nun ja – nie ein Hehl gemacht.

**Heinz Fischer:** *Wenn wir alle stolz sind auf die Leistungen unseres Bundesheeres, dann zögere ich nicht zu sagen: Es sind die Leistungen eines Bundesheeres, in dem die verfassungsmäßig verankerte Wehrpflicht eine wichtige und zentrale Rolle spielt.*

Die ÖVP hat ebenso einen spektakulären inneren Schwenk vollzogen wie die SPÖ, und zwar gerade umgekehrt. Vor der energischen Verteidigung von Wehrpflicht und Zivildienst war sie in den 1990er- und frühen 2000er-Jahren eine Befürworterin eines Berufsheeres. So schlug Wolfgang Schüssel 1999 vor:

**Wolfgang Schüssel:** *Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht, heißt: Umstellung auf ein Berufsheer, auf eine professionelle Armee ...*

Doch jetzt ist alles anders. Für die ÖVP hat der niederösterreichische Landeshauptmann Erwin Pröll, derzeit im Vorwahlkampf begriffen, die Volksbefragung letztlich angestoßen. Die seither gegründeten Komitees mit mehr oder weniger prominenten Unterstützern trommeln nun für ihr jeweils präferiertes Wehrsystem, Briefe werden dem Stimmvolk ins Haus geschickt, argumentative Bosheiten zwischen den Parteien ausgetauscht. Aber was ist wirklich dran an den Argumenten oder Scheinargumenten der Parteien?

**Wäre ein Berufsheer teurer als eine Wehrpflichtigen-Armee? Oder gleich teuer, wie die SPÖ behauptet?**

Schauen wir uns zunächst das aktuelle Budget an. Von ziemlich exakt zwei Milliarden Euro muss die kleine österreichische Armee im Jahr leben. Das sind nur mehr etwas mehr als 0,6 % des Bruttoinlandsprodukts. Darin sind sogar die üppigen Eurofighter-Rückzahlungsraten enthalten von immerhin fast 220 Millionen Euro. Dass

das Bundesheer finanziell ausgehungert wird, wird im langjährigen und internationalen Vergleich dann so richtig deutlich. Anfang der 90er-Jahre fielen die heimischen Verteidigungsausgaben unter die 1 %-Grenze und befinden sich seitdem im freien Fall. Dagegen werden in anderen europäischen Staaten durchschnittlich zwischen 1 und 2 % des BIP für die Armeen ausgegeben. Wenn man also wissen will, was den Politikern abseits aller wohlklingenden Sonntagsreden das Bundesheer wirklich wert ist, genügt das Studium dieser Zahlenkolonne.

Dennoch: Mit diesen zwei Milliarden jährlich – und das über die nächsten zehn Jahre – will die SPÖ die Umstellung auf ein Berufsheer finanziell meistern. Das versichert Norbert Darabos bei jeder sich bietenden Gelegenheit. Und die Berufsheer-Befürworter in seinem Haus assistieren, wie Generalmajor Karl Schmitzeder, früher Militärkommandant von Wien.

**Karl Schmitzeder:** *Wie die Beispiele aus Schweden und Deutschland gezeigt haben, ist das auch machbar. Eines muss schon klar sein: dass wir nicht mehr so viele Einheiten haben. Und das ist auch gut so, denn wir haben derzeit Bataillone und Kompanien, die diesen Ausdruck de facto gar nicht mehr verdienen. Und da habe ich lieber ein kleineres, einsatzbereites Heer, als ein größeres Heer, das de facto nur zu einem geringen Teil aus einsatzbereiten Einheiten besteht.*

Alle Aufgaben erfüllen und das bei gleichen Kosten – ganz sicher nicht, fährt Generalstabschef Edmund Entacher in die Parade.

**Edmund Entacher:** *Beides ist unmöglich, das ist die Quadratur des Kreises.*

Was müsste Ihrer Ansicht nach geschehen, dass sich ein Berufsheer ausgeht?

**Edmund Entacher:** *Ein höheres Budget – das ich gedanklich ausschliesse. Wesentlich mehr an Gesetzesmaßnahmen – das wird im Allgemeinen unterschätzt. Zum Beispiel die Auslandseinsatzverpflichtung oder ein gestaffeltes Pensionierungssystem, damit die Personen nicht zu alt werden im System. Eine Reihe von Sozialbedingungen – was macht man mit Berufssoldaten usw. Und ich habe also erhebliche Zweifel, ob die Lösungsbereitschaft da ist.*

Berechtigte Zweifel, wie die lange Liste gescheiterter oder halbherzig verfolgter Bundesheerreformen belegt. Beide Seiten werfen zudem diverse volkswirtschaftliche Berechnungen in die Debatte. So rechnet Arbeitsmarktexpertin Gudrun Biffl vor, dass

die Wehrpflicht einen Verlust von Wirtschaftswachstum bedeutet und dass junge Männer die Einkommensausfälle während ihres Wehrdienstes nie mehr aufholen.

**Gudrun Biffi:** *Eine Verpflichtung von einer Kohorte von jungen Männern, für sehr wenig Geld zu arbeiten, bedeutet im Grunde genommen eine Besteuerung dieser jungen Männer. Ich nenne es eine Naturalsteuer.*

Dagegen kommt der Volkswirtschaftler Friedrich Schneider zum Schluss, dass das Plus an Wirtschaftswachstum die höheren Personalkosten und Prämien bei einem Berufsheer niemals kompensieren könne, dass also –

**Friedrich Schneider:** *– die jährlichen Kosten durchaus einer Berufsarmee mit Profifarakter, die dann auch wirklich gut ist, den österreichischen Staat zwischen 200 Millionen und 29 Millionen kosten würde.*

Fänden sich für ein Berufsheer genügend Freiwillige?

**Hannes Androsch:** *Wenn man Freiwillige in der Größe von 24.000 für die Berufspolizei findet, ist nicht einzusehen, warum sie nicht für 15.000 Zeit- oder Berufssoldaten zu finden sein sollten.*

Hannes Androsch vom Personenkomitee für ein Berufsheer.

*Und wenn für 490 Millionen Europäer das gefunden werden kann, dann weiß ich nicht, warum für 8,4 Millionen Österreicher das nicht möglich sein sollte. Also das ist ein Argument, das in die Leere geht.*

**Werner Fasslabend:** *Das wichtigste Argument ist, dass man im Notfall nicht genügend Mann aufbringen kann, um Sicherheit zu leisten, etwas zu beschützen, etwa die Brenner-Autobahn oder Brenner-Eisenbahn oder die Gasleitungen oder die Wiener Hochquell-Wasserleitung zu beschützen, wenn terroristische Anschläge drohen.*

Werner Fasslabend von der Plattform für die Rettung der Wehrpflicht.

*Oder auch im Katastropheneinsatz mindestens 12.000 Soldaten in den Einsatz zu bringen – wie wir ihn schon gebraucht haben beim großen Donau-Hochwasser vor einigen Jahren. Das ist mit einem Berufsheer nicht zu leisten.*

Die Fakten: Das aktuelle Wehrpflichtigen-Heer besteht aus 12.700 Berufssoldaten, 1.600 Zeitsoldaten, 8.400 Zivilbediensteten und – übers Jahr gerechnet – 11.000 Grundwehrgenossen. Das neue Berufsheer-Modell reduziert die

Zivilbediensteten auf 6.500, die Berufssoldaten auf 8.500 und verspricht, das Kontingent der Zeitsoldaten gehörig auf 7.000 Frauen und Männer aufzustocken. Bei null Grundwehrdienern sollen knapp 10.000 Profi-Milizionäre vor allem für den Katastrophenschutz Gewehr oder besser: Sandsack bei Fuß stehen. Sie bekommen eine Anerkennungsprämie von 5.000 Euro und verpflichten sich, zwei bis drei Wochen im Jahr für Übungen oder Einsätze zur Verfügung zu stehen.

Rekrutierungsprobleme? Keine Spur, sagt die SPÖ und legt vor Weihnachten eine Studie vor, wonach es angeblich 84.000 potenzielle Bewerber gäbe. Der Verteidigungsminister frohlockt. Ob die aber auch wirklich Berufssoldaten werden, darüber entscheiden letztlich die Perspektiven, die man ihnen eröffnet. Das sagen alle Experten und das ist auch die Erkenntnis aus dem Ausland.

Berufsheer-Befürworter Karl Schmitzeder über geplante Anreize für Zeitsoldaten:

**Karl Schmitzeder:** *Ein Drittel des Verpflichtungszeitraumes können die jungen Zeitsoldatinnen und Zeitsoldaten Berufsw Weiterbildung machen und dann ins zivile Erwerbsleben wieder einsteigen. Das geht so weit, dass man auch Ausbildungskosten bis zu einer sehr ansehnlichen Summe übernehmen würde und natürlich während der Berufsw Weiterbildung auch der Lebensunterhalt von unserem Ressort weiter bezahlt werden würde.*

**Norbert Darabos:** *Mein Plan wäre auch, dass nach Ablauf der Militärlaufbahn für Zeitsoldaten diese bevorzugt in anderen Bereichen des öffentlichen Dienstes aufgenommen werden. Da gibt's einige Vorbilder in Europa, Italien beispielsweise. Und ich werde auch mit dem Innenministerium Verhandlungen aufnehmen, damit beispielsweise Zeitsoldaten bevorzugt aus dem Militär in den Polizeidienst wechseln können.*

Für die Gegner eines Berufsheeres sind das Sandkastenspiele, fern jeder Realität. Ohne Wehrpflicht werde es nie genug Berufs- und Zeitsoldaten geben, weil die Wehrpflicht als Rekrutierungspool diene. So sieht das auch Oberstleutnant Franz Pirker vom Jägerbataillon 25 in Klagenfurt, erfahren in In- und Auslandseinsätzen, am Rande der Bundesheergala zur Kürzer des „Soldaten des Jahres“.

**Franz Pirker:** *Ohne eine Masse von Soldaten, die wie immer aufgebracht wird, das Bundesheer überhaupt einmal kennenzulernen, um dann im Zuge ihres*

*Wehrdienstes das Heer zu entdecken und möglicherweise zu sagen, jawohl, das ist etwas, was mir gefällt – ohne dieses Potenzial werden wir die notwendigen Aufwuchs nicht generieren können.*

Die ÖVP setzt dem SPÖ-Berufsheermodell die Verfassung entgegen. Soll heißen: Eben dort ist die Wehrpflicht festgeschrieben und so soll es auch bleiben. Die ÖVP sagt zwar, dass die Wehrpflicht dringend reformiert gehört, aber wie, bleibt eher im Dunkeln. Erst neuerdings und wegen vieler penetranter Nachfragen ist – recht vage – von anrechenbaren Ausbildungen, Wertevermittlung oder Staatsbürgerschaftskunde die Rede.

Ist der Wehrdienst in der heutigen Form noch militärisch sinnvoll oder sinnlose Zeitverschwendung? 60 Prozent der Grundwehrdiener sind Systemerhalter – sprich, sie erfüllen keine militärischen Aufgaben, sind also zum Beispiel Fahrer, Köche, Kellner usw. Und bekommen dafür 300 Euro im Monat plus Essen. Billige Arbeitskräfte für ein halbes Jahr.

**Hannes Androsch:** *Das ist ungefähr so wie der Frondienst zum Bau einer Kathedrale. Aber es wird keine Kathedrale gebaut. Das ist sinnlos und nur den örtlichen Wirt da am Kasernenstandort zu fördern, ist zu wenig. Und daher ist es leider richtig, wenn junge Menschen sagen, das besteht darin, alles, was sich bewegt zu grüßen und alles, was sich nicht bewegt zu putzen.*

Diese von Hannes Androsch konstatierte Ausbeutung halten die Fans der Wehrpflicht für Unfug. Von Charakterbildung ist da auch schon mal die Rede oder vom Dienst am Staat, wie Ex-ÖVP-Verteidigungsminister Werner Fasslabend sagt.

**Werner Fasslabend:** *Ich glaube, dass es wichtig ist und dass es auch durchaus etwas ist, was junge Menschen lernen sollen. Dass es nicht nur darum geht, dass man vom Staat etwas bekommt, dass man gratis fährt oder was immer, oder auch die gesamte Ausbildung gratis hat. Sondern dass es, wenn's darauf ankommt – dass man auch bereit ist, etwas zu geben.*

Max, heute 20 Jahre alt und Student, hat seinen Wehrdienst vor zwei Jahren in Wiener Kasernen abgeleistet. Die einmonatige Grundausbildung empfand er noch als sinnvoll, den Rest weniger.

*Im ersten Monat wurden wir schon auch relativ gut gefordert in der Grundausbildung, hatten auch unsere Märsche und eben viel Sport – was ich eigentlich gut fand. Danach hatten wir immer mehr Freizeit und haben halt auch andere Tätigkeiten machen müssen, wo man den Sinn ein bisschen mehr in Frage stellen könnte vielleicht.*

Was denn zum Beispiel?

*Die ganzen Servierdienste und Arbeiten wie Laubkehren oder ähnliche Sachen. Bauen fürs Militär oder so.*

Dennoch hat Max versucht, der Sache etwas Positives abzugewinnen und resümiert lebensweise:

*Ich habe mich zum Beispiel nach dem Grundwehrdienst auch immer auf mein Bett zu Hause gefreut und auf das Essen – dass man genug Zeit hat zum Essen. Ich habe bis jetzt noch nie nachher ein Problem beim Arbeiten gehabt. Man kann auch immer schwere Arbeit erwischen, körperlich schwere Arbeit. Vielleicht ist es nicht schlecht, dass man es mal gemacht hat, für später – damit man ein bisschen abgehärtet wird.*

Rekruten üben den Scharfschuss auf dem Truppenübungsplatz Seetaler Alpe in der Steiermark.

*Die Elementarschießanlage, wo zurzeit die Wachsicherungskompanie aus Zeltweg schießt, ist eine unserer modernsten Anlagen, alles vollelektronisch, auch die Trefferanzeige – alles auf dem letzten technischen Stand.*

Geht es nach der SPÖ, versuchen sich hier bald nur noch Freiwillige am Gewehr. Vom vielgeschmähten Systemerhaltungsdienst sind sie an diesem Platz in den steirischen Bergen seit kurzem ohnehin abgezogen. In einem Pilotprojekt wird der Truppenübungsplatz neuerdings grundwehrdienerefrei geführt. Köche, Kellner, Chauffeure, Putzpersonal sind jetzt zivile Heeresbedienstete und Leihkräfte. Das soll sinnvoller und billiger sein, ist Kommandant Oberst Manfred Hofer überzeugt.

**Manfred Hofer:** *Wir haben als innerbetriebliche Maßnahme das Soldatenheim und die Cafeteria zusammengelegt. Also diesen Raum, den Sie hier bei uns sehen, der ist eine so genannte All Ranks Mess – das heißt, vom Rekruten der verlegten Truppe bis zum Herrn General, bis zum Herrn Bundesminister, sie haben alle eine Betreuungseinrichtung hier in diesem Bereich. Bis jetzt waren 18 Rekruten hier eingesetzt. Jetzt wird diese zusammengelegte Cafeteria von drei Leiharbeitern – die*



*hinter mir stehen. Diese drei Leiharbeiter machen jetzt die Betreuung der dementsprechenden verlegten Truppe.*

Auch die Absperrung des hochalpinen Geländes bei Schießbetrieb erfolgt jetzt vollautomatisch durch blinkende Warntafeln und Drehkreuze. Der Verteidigungsminister ist angetan. Ob solche Projekte in Zukunft flächendeckend eingeführt werden oder Einzelfälle bleiben, auch das wird die Volksbefragung mitentscheiden.

### **Wenn die Wehrpflicht fällt, was geschieht dann mit dem Katastrophenschutz?**

Die Wehrpflicht-Befürworter treffen hier einen empfindlichen Nerv der Bevölkerung. Botschaft: Ohne Grundwehrdiener geht der Katastrophenschutz buchstäblich den Bach hinunter. Gerne wird auch immer auf das große Niederösterreich-Hochwasser 2002 verwiesen, wo 10.000 Soldaten, darunter 6.000 Grundwehrdiener, Sand und Wasser wegräumten. Pro-Wehrpflicht-Kämpfer **Werner Fasslabend**:

*Es ist auch so, dass man etwa ja im Katastropheneinsatz nicht nur lauter Spezialisten für den Brückenbau braucht, sondern einfach einige Tausend Mann, die Sandsäcke schaufeln können, die dort stehen, die Hilfe leisten, die Häuser evakuieren etc.*

Norbert Darabos versichert hingegen, auch mit einem Berufsheer wäre der Katastrophenschutz zu 100 Prozent gewährleistet. Neben den Berufs- und Zeitsoldaten soll dafür die neue Profi-Miliz sorgen. Er lässt aber auch durchblicken, dass das Heer weniger fürs Sandsäckeschleppen als für anspruchsvolle Hilfe zuständig sein soll – sprich, für Hubschraubereinsätze, Brückenbau, Lawinsprengungen. Andere Staaten wie etwa Deutschland haben diese Frage seit jeher anders gelöst. Dort ist die Armee von diesen Aufgaben befreit, es gibt eine eigene zivile Katastrophenschutzeinheit, das Technische Hilfswerk.

### **Und was passiert, wenn die Wehrpflicht fällt, mit dem Zivildienst?**

2012 haben sich knapp 15.000 junge Männer zum Zivildienst gemeldet, an die 10.000 versehen gleichzeitig Dienst. Zivildienstler – seinerzeit gerne als Drückeberger verunglimpft, inzwischen weitestgehend anerkannt – versorgen Alte und Kranke,

pflegen Behinderte, fahren mit der Rettung, betreuen Kinder oder helfen in der Landwirtschaft. Und das neun Monate lang, also um drei Monate länger als die Grundwehrdiener. Im Monat bekommen sie dafür rund 300 Euro plus Essensgeld. Einige von ihnen wurden kürzlich von der Innenministerin als „Zivildienstler des Jahres“ ausgezeichnet. Stolz präsentierte **Johanna Mikl-Leitner** den Bundessieger. *Es ist dies Fabian Salzgeber aus Vorarlberg.*

Der Ausgezeichnete ist selbst ein erklärter Anhänger des Zivildienst-Modells. Nur dadurch sei er – früher in einem technischen Beruf tätig – auf den Geschmack gekommen. Er hat sich umschulen lassen und bleibt jetzt im Sozialbereich.

**Fabian Salzgeber:** *Ich finde, dass dieses System in einer ähnlichen oder in derselben Form bestehen bleiben sollte und den jungen Menschen die Chance nicht entzogen werden sollte, einen sozialen Dienst oder das Bundesheer für das Allgemeinwesen ableisten zu können.*

Doch sollte die Wehrpflicht fallen, ist auch der Zivildienst in der Form Geschichte. Die SPÖ propagiert als Ersatz ihr Modell des so genannten freiwilligen, aber bezahlten Sozialjahres, das für Frauen und Männer ab 18, nur nicht für Pensionisten offenstehen soll. Sie würden befristet auf ein Jahr 14-mal knapp 1.400 Euro brutto bekommen. Sozialminister **Rudolf Hundstorfer** gibt sich überzeugt, dass das funktionieren würde und die errechneten 8.000 benötigten Kräfte gewonnen werden könnten:

*Ich gehe davon aus, dass das ein sehr zukunftsicheres Projekt ist, weil wir auch wissen, dass wir eine demografische Entwicklung haben, die so ist, wie sie ist. Und wir werden in ein paar Jahren zu wenige Personen haben für das heutige Niveau des Zivildienstes, genauso wie es auch weniger Präsenzdiener geben wird. Und es ist vor allem auch ein kostendeckendes Angebot. Das heißt, das, was der Zivildienst heute kostet – damit wäre auch dieses Angebot bezahlbar.*

Die ÖVP traut dem SPÖ-Modell keineswegs. Innenministerin **Johanna Mikl-Leitner** lehnt empört ab:

*Es findet in keinster Weise meine Zustimmung, weil es keine Alternative zum Zivildienst gibt. Man kann keine Gemeinwohlverpflichtung eintauschen gegen ein Bezahlmodell.*

Und sie wird unterstützt, etwa von Rotkreuz-Generalsekretär **Werner Kerschbaum**: *Das halten wir für kein gutes Signal, so nach dem Motto: Ja, für jeden Handgriff wird bezahlt. Junge Menschen, die heute auf die Welt kommen, haben eine Lebenserwartung von 100 Jahren. Ich glaube, es ist zumutbar, drei Promille seiner Lebenszeit dafür zur Verfügung zu stellen, einen Dienst an der Gemeinschaft zu leisten.*

Angezweifelt wird auch, dass die nötige Zahl an Sozialdienstleistern aufgebracht werden könnte, so sagt Ministerin **Miki-Leitner**: *Gerade die Anzahl der Zivildienstler ist in keinster Weise zu ersetzen. Das heißt, wir haben hier viel weniger helfende Hände.*

**Rudolf Hundstorfer** kontert:

*Dass wir die Menschen nicht finden, glaube ich nicht, weil wir haben derzeit pro Jahr ca. 90.000 Personen, die im Sozial- und Gesundheitsbereich ihre Beschäftigung beginnen. Davon kommen rund 60.000 aus ganz anderen Berufen. Das heißt, es müssen sich in dieser Zahl – 90.000 – diese 8.000 finden, die über diese Schiene in das Segment Sozial- und Gesundheitswesen einsteigen.*

Hier steht also wie in den militärischen Fragen auch Aussage gegen Aussage. Wenig Entscheidungshilfe für ratloses Stimmvolk.

### **Braucht es überhaupt noch ein Heer? Oder welchen Bedrohungen ist Österreich heute ausgesetzt?**

Militärisch konventionelle Bedrohungen sind passé, somit auch das alte Konzept der umfassenden Landesverteidigung. Das Augenmerk liegt heute auf regionalen Konflikten, Terrorismus, Naturkatastrophen, Cyber-Kriminalität. So besagt es die aktuelle Sicherheitsstrategie. Auf Auslandseinsätze wird besonders viel Wert gelegt – eine Visitenkarte Österreichs. Inlandsaufgaben sind im Wesentlichen die Sicherung der staatlichen Souveränität – Stichwort Luftraumüberwachung – und der Katastrophenschutz, erklärt Oberst **Johann Frank**, Leiter der Abteilung Sicherheitspolitik im Verteidigungsministerium. Aktuelle Bedrohungslage und Wehrpflicht – wie passt das also noch zusammen?

**Johann Frank:** *Die allgemeine Wehrpflicht macht militärisch dann einen Sinn, wenn meines Erachtens vier Komponenten erfüllt sind. Das sind zum einen die klare Aufgabenzuordnung militärische Landesverteidigung im Inneren, zum zweiten eine sinnvolle Dauer des Grundwehrdienstes, der Basisausbildung von zumindest sechs Monaten, daran anschließend eine Truppenübung von mindestens zwei Monaten und – last but not least – die politische Bereitschaft zur Mobilmachung für den Fall, dass man diese Miliztruppen dann auch braucht. Nur in dieser Gesamtheit macht die allgemeine Wehrpflicht aus meiner Sicht Sinn.*

Von diesen vier Punkten, die Sie jetzt aufgezählt haben – wie viele sind Ihrer Ansicht nach derzeit in Österreich noch gegeben oder aufrecht?

**Johann Frank:** *Wenn ich Bezug nehme auf die Sicherheitsstrategie, so sind diese vier Aspekte nicht mehr gewährleistet und es gab auch keinen politischen Akteur, der diese vier als Paket hier in die neue Sicherheitsstrategie hineinverhandelt hätte.*

Historisch hat Österreich schon viele verschiedene Heeresformen erlebt. Kaiserin Maria Theresia ließ erstmals eine Konskription durchführen: Alle männlichen Bürger ab einem gewissen Alter wurden damals für den Kriegsfall vorgemerkt. Eingezogen wurden aber im Ernstfall beileibe nicht alle, wie der Direktor des Heeresgeschichtlichen Museums, **Christian Ortner**, erläutert:  
*Nicht eingezogen wurde der Adel, dann die klassischen Honoratioren, Gewerbetreibende, Bauern. Was bleibt dann, werden Sie natürlich fragen. Das sind klassische arbeitslose Handwerker, die nicht sesshaft werden konnten, oder Landstreicher – also nicht unbedingt die Oberschicht, sondern eigentlich der unterste Bereich der Gesellschaft.*

Unter Kaiser Franz Joseph im Jahr 1868 wurde dann die allgemeine Wehrpflicht für Männer ab 21 eingeführt. Tauglich zu sein galt damals trotz jahrelanger Dienstzeit als Ehre und brachte auch Steuererleichterungen mit sich. Nach dem Ersten Weltkrieg mit seinen unzähligen Toten verlor das Militär wieder an Attraktivität. In der Ersten Republik gab es einen Kader an Berufsoffizieren und viele zeitverpflichtete Soldaten. Im Februar 1934 dann der viel zitierte so genannte Sündenfall der österreichischen Armee, als sie im kurzen Bürgerkrieg mit Kanonen auf Arbeiterhäuser schoss.

Doch diese Wertung, die ja die SPÖ jahrzehntelang zu einer glühenden Gegnerin eines Berufsheeres gemacht hat, sei mit Vorsicht zu genießen – die Geschichte müsse differenziert betrachtet werden, mahnt der Historiker **Christian Ortner**: *Wir haben ja zwei Sündenfälle – unter Anführungszeichen – wenn Sie so wollen. Wir haben ja im Februar einen Bürgerkrieg und auch im Juli einen Bürgerkrieg. Ich glaube, man tut da der Armee ein bisschen unrecht, weil sie hat zweimal dasselbe getan. Nur einmal war es halt moralisch bedenklich oder wird heute als moralisch bedenklich angesehen. Ich glaube nicht, dass es einen Unterschied gemacht hätte, Berufsarmee oder nicht Berufsarmee.*

Zur Erinnerung: Im Juli 1934 putschten die illegalen Nazis. Bundeskanzler Dollfuß wurde ermordet, die Armee griff ein. Seit 1955, nach NS- und Besatzungszeit, hat Österreich wieder eine Wehrpflichtigen-Armee. Die Wehrzeit wurde allerdings mehrfach verkürzt und nun stehen wir vor der Frage, ob man nicht auf ein modernes Berufsheer umsteigen sollte.

### **Wie machen es andere Staaten?**

Der Trend in Europa ist eindeutig. 21 von 27 EU-Staaten haben bereits auf ein Berufsheer umgestellt, die Letzten waren Deutschland und Schweden. Schweden ist von der Einwohnerzahl her mit Österreich vergleichbar, hat aber ein doppelt so hohes Verteidigungsbudget. Der ehemalige schwedische Verteidigungsminister **Sten Tolgfors** weiß jetzt – nach der Umstellung – von zufriedenen Soldaten zu berichten: *Wir haben jetzt sehr motivierte Soldaten, weil es deren eigene Entscheidung war, zur Armee zu gehen. Und sie haben hohe Qualitätsansprüche, sie wollen mehr Training, mehr Ausbildung, weniger Freizeit. Und sie wollen in Auslandseinsätze gehen.*

Zwischen Bündnisverpflichtung und Wehrsystem gibt es übrigens keinen zwingenden Zusammenhang, zumindest nicht mehr. Auch wenn oft gesagt wird, dass ein Berufsheer wegen der Aufgabenteilung in einem Militärbündnis gut aufgehoben wäre. Aber neutrale und bündnisfreie Staaten wie Irland und Schweden haben ein Berufsheer, ein ganz wichtiges NATO-Mitgliedsland wie die Türkei zum Beispiel dagegen die Wehrpflicht.

Ein Wort noch zur Frauenfrage, weil auch die zuletzt in die Redeschlacht ums Heer geworfen wurde. Eine Wehrpflicht für Frauen, wie von der SPÖ vor wenigen Tagen als Teufel an die Wand gemalt, existiert weltweit nur in ganz wenigen Staaten, und auch dort teilweise mit Einschränkungen. Neben Israel sind das etwa die Volksrepublik China, Nordkorea, der Sudan und Bolivien. Unwahrscheinlich, dass sich Österreich in absehbarer Zeit da einreihen könnte. Und wie sich die ÖVP ein Modell des freiwilligen Zivildienstes für Frauen vorstellt, dazu ist sie bisher auch die Details schuldig geblieben.

Atemberaubende politische Schwenks, populistische Ansagen, fragwürdige Ideen – das ist das eine. Aber stellen Sie sich vor, es ist Volksbefragung und niemand geht hin. Es gibt eine Wahlbeteiligung von weit unter 50 Prozent. Dann hätte eine Minderheit über die wichtigste sicherheitspolitische Entscheidung seit Jahrzehnten entschieden und die soll Gültigkeit erlangen, wie auch Wehrpflicht-Fan **Edmund Entacher** ganz soldatisch anmerkt:

*Also es gilt der militärische Grundsatz: Es zählen nur Treffer. Erst das Ergebnis zählt, alles andere ist Spekulation. Man wird sehen. Die Politik hat diesen Weg festgelegt, daher kommt es zu einer Entscheidung und der jeweilige Weg ist zu gehen.*

Für das Heer selbst bleiben die Perspektiven wohl so oder so ernüchternd. Die Politik wird sich schnell wieder anderen Dingen zuwenden und das finanzielle Weiterwurschteln, immer hart am Abgrund, wird weitergehen, getreu dem Motto: Zu wenig zum Leben, zu viel zum Sterben.